

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr
Inhalt: 10. Das-
den bei täglich
wöchentlich 20 Pf.
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 2.00 M.
halbjährlich 3.50 M.
jährlich 6.00 M.
Zusätzliche
Lieferungen durch die Post
3 M. (ohne Bestellgeld).
Die von Berlin von
Dresden u. Umgebung
am Tage vorher zu-
gelieferten Abend-
blätter erhalten die aus-
wärtigen Bezahler mit
der Morgen-Ausgabe
zusammen zugesell-
t. Nachdruck nur mit be-
stimmter Genehmigung
des Verlags. — Anzeigen-
gebühren werden
nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif.
Anzeige von 10 Zeilen
auf 1 Tag, Sonntag
mit 20% Zuschlag.
Wiederholungs-
anzeigen zu 2/3 des
ersten Preises.
Familien-Anzeigen
aus Dresden 10 Pf.
aus anderen Orten
15 Pf. pro Zeile.
Anzeigen für
Kaufmannschaft
1. u. 2. H. — 10
Zeilen mit Sonn-
und Feiertagen
einmalige Anzeigen
10 Pf. pro Zeile.
Anzeigen für
Kaufmannschaft
1. u. 2. H. — 10
Zeilen mit Sonn-
und Feiertagen
einmalige Anzeigen
10 Pf. pro Zeile.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Für Feinschmecker:

Lebeck's *Chocolade* per Tafel 50 g

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

Marka: Dreiring.

Hauptgeschäftshelle:
Wettinerstraße 38/40.

Kunstaussstellung Emil Richter
Prager Strasse.

G. M. Stevens. Franz Frankl.

Projektions-Apparate
Projektions-Lampen, elektrische Widerstände,
Projektions-Schirme, überhaupt alles Zubehör.
Billige Lichtbilder-Serien.

Carl Plaul, Kgl. Stabs-Walffabrikant
Wallstraße 25.

Hüte jeder Art

Buchholz 21

nur Wettinerstr.

Reise-Artikel und Lederwaren grösste Auswahl in allen Preislagen. **Robert Kunze**, Altmarkt-Rathaus Prager Strasse 30.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Teils heiter, teils neblig, fogelüber trocken.

Am Reichsamt des Innern findet am Dienstag eine neue Konferenz über die Frage der Sicherung der überseebischen Personenbeförderung statt.

Die Schikan-Werft wird aus Anlaß ihres 75-jährigen Bestehens Stiftungen in Höhe von etwa drei Millionen Mark machen.

Der französische Botschafter in Wien hatte mit dem Grafen Berchtold eine Unterredung, die die Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bezweckte.

In Rom hat die Nachricht, daß der türkische Ministerpräsident die italienischen Vorschläge zu Gunsten habe und der Friede gesichert sei, ungeheure Begeisterung hervorgerufen.

Die russische Probemobilisierung an der deutschen und an der österreichischen Grenze erstreckt sich auf 200 000 Mann.

Die Forderungen der vereinigten Balkanmächte lauten in ihrer gemilderten Form auf die Ernennung nichttürkischer Gouverneure für die christlichen Wälders; ferner sollen Mazedonien und die anderen europäischen Provinzen ihren eigenen Landtag wählen.

Die spanische Kammer ist wegen des Eisenbahnvertrags auf den 14. Oktober einberufen worden.

Ein fortschrittlicher Parteitag

hat gestern in Mannheim begonnen. Die Verhandlungen, die auf vier Tage berechnet sind, finden diesmal ausnahmsweise in voller Öffentlichkeit statt, was immerhin einen „Fortschritt“ gegen früher bedeutet, da die bisherige Geheimgeliebtheit der „Anwesenden“ im Widerspruch mit den demokratischen Grundgedanken dahin gina, die Taten bei solchen Gelegenheiten zu veröffentlichen, was nicht gerade von entschlossenem Selbstbewusstsein gegenüber der heuerischen Kritik zeugte. Diesmal hat nun offenbar das dringende Bedürfnis, den Fortschritt nach außen hin in empfehlende Erinnerung zu bringen, über die Schen vor der Öffentlichkeit den Sieg davonzutragen, und so wird denn in Mannheim die Reklametrommel für den Fortschritt vereinigten Einheitsprogramms, der bis vor drei Jahren in die beiden freisinnigen Gruppen und die süddeutsche Demokratie gespalten war, und in diesem geteilten Zustande fortgesetzt einen Gegenstand satirischer Betrachtungen in der nichtfreisinnigen Presse bildete, tüchtig gerührt werden. Ueber ein halbes hundert Anträge liegen dem Parteitage vor, die sämtlich den agitatorischen Stempel deutlich an sich tragen. „Alles, was Reine hat“, wird darin der ärztlichen Vorkämpfer der fortschrittlichen Volkspartei versichert. Handwerker, Landwirte, Beamte, Arbeiter, alle finden für sich etwas Gutes gesagt; ein umfassendes Kommunalprogramm, ein nicht minder ausgiebiges landwirtschaftliches Programm stehen fix und fertig auf dem Papier und sollen die Bereitwilligkeit des Fortschritts zur fürsorglichen sozialen Tätigkeit bekunden. Freilich, wer's glaubt, bezahle einen Taler! Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Taten des bürgerlichen Radikalismus reden eine so deutliche Sprache, daß auch die schönsten Reden und Anträge nicht mehr imstande sind, die Unfähigkeit dieser Richtung zu einer zielbewußten, positiv schaffenden Weisgebungsarbeit im Interesse der verschiedenen nationalen Erwerbsstände zu verschleiern. Viele Gläubige werden also die in Mannheim versammelten Vertreter der fortschrittlichen Oberstufe für ihre hochtönenden Versprechungen schwerlich finden, und der erhoffte Zuwachs an Stimmen bei künftigen Wahlen wird sich aller Voraussicht nach nicht einstellen. Die Bauern, Handwerker, Kleinrentnerbetrieiber und Beamten, nach denen die Fortschrittler neuerdings ihre Angeln auswerfen, kennen ihre Pappenhäuser zu genau, um sich schamlos von den rednerischen Vorklängen einfangen zu lassen.

Das plötzliche frampische Bemühen des Fortschritts, sich als haaberhaltender Reiter in der Not für die Erwerbsstände aufzuspielen, zeigt sich besonders deutlich in seiner ganzen agitatorischen Richtung, wenn man die Tatsache dagegen hält, daß es in Hand mit den Versicherungen von Mittelstandsfreundlichkeit und ähnlichen schönen Dingen das unerkennbare Bestreben geht, den „Zusatz

„Luts“ im Fortschrittler noch nachdrücklicher zu betonen und von der Sozialdemokratie bei Leibe nicht ablassen noch näher an sie heranzurücken. Nach dieser Richtung zielt z. B. der Antrag, in das Parteiprogramm den grundsätzlichen Beschluß einzufügen, daß für die Zukunft jedes Wahlkompromiß mit dem Zentrum und den Konfessionellen als mit den fortschrittlichen Grundgedanken unvereinbar abzulehnen sei. Die Bedeutung eines derartigen Antrages tritt besonders plastisch in die Erscheinung, wenn unmittelbar daneben das berühmte Stichwahlabkommen des Fortschritts mit der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen gestellt wird, auf das kein einziger der zahlreichen Anträge auch nur mit der allerschwächsten Andeutung einer Mißbilligung hinweist. Bekanntlich sind durch das genannte Stichwahlabkommen anderthalb Tausend bürgerliche Reichstagsmandate der Sozialdemokratie angeliefert worden, bloß um für den Fortschritt in einer entsprechenden Anzahl von Wahlkreisen die sozialdemokratische Unterhänkung zu erlangen. Und bei alledem finden die Vintodränger noch den Mut, eine weitere grundsätzliche Arieabklärung gegen rechts zu verlangen, anstatt daß sie den Versuch machen, den bürgerlichen Ruf der Fortschrittspartei durch eine entschiedene Verneinung des Stichwahlabkommens einzuermöglichen zu rehabilitieren!

Der „Zusatz“ kommt in den zum Mannheimer Parteitage gestellten Anträgen auch noch durch sonstige Forderungen nach Abänderung des Parteiprogramms im radikalen Sinne zum Ausdruck. Insbesondere spielt darunter die Frauenfrage eine Rolle, die bereits bei der Gründung der fortschrittlichen Volkspartei starke Schwierigkeiten verursachte. Damals, als es sich um die Verschmelzung der drei linksliberalen Gruppen handelte, besaßen sich die Gegner der politischen Gleichberechtigung der Frauen in der Mehrheit und drohten, lieber das ganze liberale Einigungswort in die Brüche gehen zu lassen, als sich der Auffassung der Minderheit, welche die Aufnahme des Frauenstimmrechts in das Parteiprogramm verlangte, zu unterwerfen. Inzwischen haben aber die extremen Elemente im Fortschritt über Wasser bekommen, und so treten sie in Mannheim aufs neue mit der Aufwerfung der Frauenfrage hervor, weil sie jetzt die Zeit für reif erachten, um diese Angelegenheit in ihrem Sinne, d. h. in Anlehnung an den sozialdemokratischen Standpunkt zu erledigen. Es liegt auf der Hand, daß die Abhängigkeit des Fortschritts von der Sozialdemokratie noch weitestgehend verhärtet werden müßte, wenn es den Freunden des Frauenstimmrechts tatsächlich gelang, eine solche Abänderung des Parteiprogramms durchzusetzen; denn alsdann bräuhete die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf einen entsprechenden Antrag einzubringen, und die Fortschrittler wären auf Grund ihres Programms verpflichtet, dafür in die Schranken zu treten. Auf diese Gefahr ist denn auch von fortschrittlicher Seite selbst hingewiesen worden. Die einschlägigen Kreise in der Partei scheitern doch angesichts der von den radikalen Hochpostern erstrebten immer engeren Verbindung mit der Sozialdemokratie ein ernstliches Bedenken vor den Folgen einer solchen Verbindung anzuwenden, und sie geben dieser Empfindung im Zusammenhang mit der Frauenfrage unverhohlenen Ausdruck. So hat das Berliner Zentralorgan der Partei noch vor wenigen Tagen erklärt, daß innerhalb des Fortschritts „sehr viele Männer, an deren aufrichtigem entschiedenen Liberalismus zu zweifeln eine Beleidigung wäre, Gegner der Gleichberechtigung der Frauen seien, durch die Programmänderung also in einen Gewissenskonflikt verlegt und zum Austritt aus der Partei gezwungen würden“. Interessant ist, daß das fortschrittliche Organ in diesem Punkte nicht einmal den Mehrheitszwang anerkennen will und empfiehlt, eine Abstimmung über den Gegenstand überhaupt zu vermeiden. Wenn dieser Rat in Mannheim befolgt wird, so ist damit für diesmal allerdings noch ein Ausweg aus der Klemme gefunden, aber keine endgültige Heberwindung des bestehenden Gegenstandes erzielt. Der Prozeß der Radikalisierung, der in der Fortschrittspartei seit ihrer verhängnisvollen Verbrüderung mit der Sozialdemokratie unaufhaltsam vorwärts geht, wird nach den Gesetzen der Erfahrung seine Wirkung immer einschneidender äußern, bis der Fortschritt sich nicht einmal mehr als Partei von sozialdemokratischen Stichwahlquaden zu behaupten vermag, sondern ganz von dem ihm an Radikalismus reich noch übertrumpfenden Anknurs zerrieben wird. Auf diesem Wege bezeichnet die fortschrittliche Agitation für die politische Gleichberechtigung der Frauen einen Markstein.

Die Balkantriffl.

Die Belgische Regierung hat versichert, daß von heute an der Verkehr nach der österreichischen Grenzstadt Zemplin und zurück zu Wasser und auf der Eisenbahn eingeleitet wird. Es scheint daher keine Möglichkeit mehr, ungenutzte Kapazitäten nach dem Auslande gelangen zu lassen. Die Vertreter der großen auswärtigen Leistungen werden daher bei Vahntun vortheilhaft werden. Außerdem wird das österreichisch-ungarische Konsulat intermenten, da durch eine Verhinderung des Verkehrs auch die Interessen der Zempliner Bevölkerung schwer betroffen werden.

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland
im Hinblick auf die in den Balkanstaaten gemeinsam zu unternehmenden Schritte haben, wie von russischer Seite versichert wird, folgendes Ziel: Beide Mächte verpflichten sich, während der Dauer der Verhandlungen in ununterbrochenem Kontakt miteinander sowie mit den übrigen Großmächten zu bleiben. Rußland und Oesterreich eintreten jetzt weder territorialen Gewinn in der Türkei, noch maritime Vorteile. Sollten die Türken auf der Idee der Einberufung einer Konferenz verharren, so würden sie mit Konstantinopeler beglaubigten Vertretern aller Großmächte nach Belvedere in Konstantinopel verhandeln und zu diesen Fragen Stellung nehmen. War aber wider Erwarten das Ergebnis der zu unternehmenden Schritte negativ und der Ausbruch der Weltkriege nicht zu verhindern, so verpflichten Oesterreich und Rußland, nach Kräften zur Lokalisierung des Krieges beizutragen, sich auf die allerdingstenden Vorkehrungsmaßnahmen zu beschränken und unter keinem Vorwande türkisches Gebiet zu besetzen, auch während der Dauer des Feldzuges keinen der Staaten des Balkanbundes in seinen militärischen Bewegungen zu fördern oder zu hemmen. Es wird dafür acorat, daß die Financgruppen aus allen europäischen Hauptstädten sich der materiellen Unterstützung eines oder des anderen kriegführenden Teiles enthalten.

Eine russisch-französische Note.
Der russische Minister Sazonow und der französische Ministerpräsident Poincaré sollen gemeinsam eine Note ausgearbeitet haben, die den Großmächten vorgelegt wird, um dann nach gemeinsamer Vereinbarung der Pforte unterbreitet zu werden.

Die Forderungen der Balkanmächte.
Nach einer Depesche aus Sofia lauten die Forderungen der vereinigten Balkanmächte in ihrer gemilderten Form auf Ernennung nichttürkischer Gouverneure für die christlichen Wälders. Ferner sollen Mazedonien und die anderen europäischen Provinzen ihren eigenen Landtag wählen.

Die neuesten Meldungen lauten: Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Wien. An zuständiger Stelle wird auf Anfrage bestätigt, daß Oesterreich-Ungarn bereit sei, mit Rußland als der mit ihm am Balkan zunächst interessierten Macht gemeinsam alles aufzubieten, um den Frieden auf dem Balkan zu erhalten.

Berlin. (Priv. Tel.) Der „Volk. Sta.“ wird aus Paris gemeldet: Unbeirrbar das wichtige Ereignis des gestrigen Tages ist die Unterredung, die der französische Botschafter in Wien, Herr Doumaigne, mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Inneren Grafen Berchtold hatte. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, hat Herr Poincaré sowohl vorachern in seiner bis Mitternacht dauernden ersten Unterredung mit Herrn Sazonow, als auch achtern in seinen längeren Unterredungen mit seinem russischen Kollegen im Automobil auf dem Wege nach Rambouillet und in dem Schloß selbst, alle seine Bemühungen daran gewendet, Herrn Sazonow zu gemeinsamen Vorgehen mit dem Grafen Berchtold zu bestimmen. Es gab hier sachliche und dann auch formelle Schwierigkeiten zu überwinden. Die erste Verbindung eines gemeinsamen Vorgehens Rußlands und Oesterreichs ist, wie kaum bemerkt zu werden braucht, die Gewißheit, daß beide Mächte in der gegenwärtigen Stellung sich nicht als handelnd wolle; das muß aber bestimmt verbindlich und ausdrücklich erklärt werden. Rußland muß die Heberzeugung gewinnen, daß Oesterreich nichts gegen den Sandhaal unternehmen wird, und Oesterreich muß überzeugt werden, daß Rußland den Gedanken, mit dem es vor einiger Zeit spielte, die Öffnung der Fardanelen zu verlangen, aufgegeben hat. Es handelt sich aber auch darum, die Nebenfolge festzustellen, in der die betreffenden Erklärungen abgegeben werden sollen. Sowohl Rußland als auch Oesterreich dürfen befristeter weile, und man erwartet von dem anderen Teil, daß er mit der betreffenden Versicherung vorangeht. Poincaré hat es übernommen, zwischen den beiden Mächten in der Weise zu vermitteln, daß sowohl Rußland als auch Oesterreich-Ungarn die Versicherung ihrer Selbstlosigkeit Frankreich oder England gegenüber gleichmäßig abgeben. Eben die Herbeiführung dieses Ergebnisses war der Gegenstand der gestrigen Unterredung des Botschafters Doumaigne mit dem Grafen Berchtold, und deshalb kann diese als das wichtige Ereignis des gestrigen Tages bezeichnet werden.